

Are we all Keynesians now?

Die Dringlichkeit massiven *deficit spending* nach traditionell keynesianischem Muster scheint abseits der Bundesregierung im Augenblick über jeden Zweifel erhaben – und so sieht das auch und gerade die Mehrheit der Ökonomen. Dabei hat der größte Teil von ihnen vor der letzten Bundestagswahl den von der Öffentlichkeit weitgehend ignorierten „Hamburger Appell“ unterschrieben, in dem fiskalische Ausgabenprogramme nicht nur für die damalige Situation, sondern als grundsätzlich untauglich eingestuft werden. So heißt es unter anderem: „Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ist eine bedeutende und komplex strukturierte ökonomische Größe, die sich einer nachhaltigen Steuerung weitestgehend entzieht. (...) Deshalb muss eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik streng stabilitätsorientiert sein.“ Gilt das jetzt nicht mehr? Sicher, die aktuelle Krise ist etwas Besonderes, aber kann etwas Untaugliches allein dadurch tauglich werden, dass die Lage dramatisch ist?

Man könnte natürlich argumentieren, dass angesichts der Schwere der Krise nichts unversucht bleiben darf, auch nicht ein fiskalisches Ausgabenprogramm, und zwar auch dann nicht, wenn man von dessen Wirksamkeit nicht vollständig überzeugt ist. Aber diese Argumentation besticht nur, wenn die Wirkung eines solchen Programms im schlimmsten Falle null wäre. Das ist sie aber nicht, denn expansive Fiskalpolitik kann grundsätzlich auch das ganze Gegenteil dessen auslösen, was sie bezweckt; und dann könnten wir am Ende noch tiefer im Schlamassel stecken als jetzt schon. Es spricht nicht einmal wenig dafür, dass das so kommen könnte:

1. Erhöht der Staat seine Ausgaben oder vermindert er seine Einnahmen, so *kann* dies die Nachfrage erhöhen, aber das muss nicht so sein. Was geschieht beispielsweise, wenn ein unerwartet großer Teil der Bürgschaften des Finanzmarktstabilisierungsfonds tatsächlich kassenwirksam wird und der Staat in der Zwischenzeit weitere finanzielle Verpflichtungen eingegangen ist und sich nunmehr immer weiter verschulden muss?

Was geschieht weiterhin, wenn die Bürger sich dann die nahe liegende Frage stellen, wer das alles einmal bezahlen soll? Da liegt die Alltagslogik nahe an der Wirklichkeit, denn das wird nur über höhere Steuern gehen, wenn das Ganze nicht in einer unkontrollierten Verschuldungsspirale enden soll. Sollten die Bürger dann anfangen, Vorsorge angesichts künftiger Steuerbelastungen zu treffen, indem sie mehr sparen, dann spätestens ist es mit der Nachfragewirkung dahin, und es bleibt eine knebelnde Schuldenlast des Staates. Wem das allzu theoretisch erscheint, der sollte sich auf die Ursachen der nunmehr über fast ein Jahrzehnt anhaltenden Konsumschwäche in Deutschland besinnen: Diese sind vor allem einmal in der hohen Abgabenlast in der Folge der nahezu unbegrenzten Ausgabenfreude des Staates nach der Wiedervereinigung zu suchen.

2. Daraus folgt, dass ein Verschuldungsprogramm nur funktioniert, solange die Bürger glauben, dass es funktioniert. Denn wenn es funktioniert, wird die Krise schneller überwunden; dann steigt das Bruttoinlandsprodukt und es sprudeln die Steuerquellen von ganz allein, so dass die Defizite wieder ausgeglichen werden können. Glauben die Bürger an diesen Mechanismus aber nicht, dann werden sie keinen solchen Aufschwung erwarten und damit auch keine von allein sprudelnden Steuerquellen. Dann werden sie in eine sich selbst erfüllende Prophezeiung hineingezwungen, indem jeder für sich für die künftige Steuerbelastung vorsorgen muss und sie dabei alle zusammen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wieder senken. Und dann kommt es wirklich nicht zu einem Aufschwung: die Verschuldungspolitik steht schließlich vor einem Scherbenhaufen.
3. An einen solchen Scherbenhaufen als Folge der Verschuldung dürfen die Bürger also auf keinen Fall glauben. Daher dürfen sie auch nicht glauben, dass das *deficit spending* zur Dauereinrichtung wird. Sollte der Politik umgekehrt das Kunststück gelingen, die Bürger ge-

Fortsetzung auf Seite 148

vorgelegt, deren Position Abb. 2 entnommen werden kann. In diesem Fall drehten sich die Wahlanteile um. Nun erzielte Option B mit 57 % den höheren Wahlanteil.

4. Anwendungsbereiche in der Marketingpraxis

Durch das zusätzliche Angebot von Köder-, Phantom- oder Kompromissprodukten können sich die Wahlwahrscheinlichkeiten der bisher angebotenen Produkte deutlich verändern. *Simonson/Tversky* (1992, S. 293) berichten davon, dass ein Versandhandelsunternehmen die Absatzmenge eines Produkts durch die Aufnahme eines dominierten Produkts beinahe verdoppeln konnte. Das zusätzliche Angebot eines Köders, der naturgemäß selten gekauft wird, stellt also ein wirksames Instrumentarium dar, um den Absatz eines Zielprodukts zu erhöhen. Ein Köder könnte zum Beispiel ein angekündigtes Produkt sein oder auch ein Vorgängerprodukt, welches nicht vom Markt genommen wird. Auch im Handel kann das Wissen über die Wirkung von Ködern, Phantomen und Kompromissoptionen bei der Sortimentsgestaltung, in Verkaufsgesprächen, bei der Präsentation von Produkten in Verkaufsdiskontrollen oder im Onlineshop genutzt werden.

Literatur

Bettman, J.R., Johnson, E.J., Payne, J.W., Consumer Decision Making, in: *Robertson, T.S., Kassirjian, H.H.* (Eds.), Handbook of Consumer Behavior, Englewood Cliffs 1991, S. 50–84.

- Doyle, J.R., O'Connor, D.J., Reynolds, G.M., Bottomley, P.A.*, The Robustness of the Asymmetrically Dominated Effect: Buying Frames, Phantom Alternatives, and In-Store Purchases, in: *Psychology & Marketing*, Vol. 16 (1999), S. 225–243.
- Gierl, H.*, Hängt die Wirkung eines Phantoms von seinem Typ ab?, in: *Der Markt*, Vol. 47 (2008), S. 68–84.
- Huber, J., Puto, C.*, Market Boundaries and Product Choice: Illustrating Attraction and Substitution Effects, in: *Journal of Consumer Research*, Vol. 10 (1983), S. 31–44.
- Lehmann, D.R., Pan, Y.*, Context Effects, New Brand Entry, and Consideration Sets, in: *Journal of Marketing Research*, Vol. 31 (1994), S. 364–374.
- Parducci, A.*, Category Judgment: A Range-Frequency Model, in: *Psychological Review*, Vol. 72 (1965), S. 407–418.
- Pratkanis, A.R., Farquhar, P.H.*, A Brief History of Research on Phantom Alternatives: Evidence for Seven Empirical Generalizations about Phantoms, in: *Basic and Applied Social Psychology*, Vol. 13 (1992), S. 103–122.
- Sheng, S., Parker, A. M., Nakamoto, K.*, Understanding the Mechanism and Determinants of Compromise Effects, in: *Psychology & Marketing*, Vol. 23 (2005), S. 591–609.
- Simonson, I.*, Choice Based on Reason: The Case of Attraction and Compromise Effects, in: *Journal of Consumer Research*, Vol. 16 (1989), S. 158–174.
- Simonson, I., Tversky, A.*, Choice in Context: Tradeoff Contrast and Extremeness Aversion, in: *Journal of Marketing Research*, Vol. 29 (1992), S. 281–295.
- Tversky, A., Kahneman, D.*, Loss Aversion in Riskless Choice: A Reference-Dependent Model, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 106 (1991), S. 1039–1061.
- Tversky, A., Simonson, I.*, Context-dependent Preferences, in: *Management Science*, Vol. 39 (1993), S. 1170–1189.
- Wernerfelt, B.*, A Rational Reconstruction of the Compromise Effect: Using Market Data to Infer Utilities, in: *Journal of Consumer Research*, Vol. 21 (1995), S. 621–633.

Fortsetzung von Seite 113

gen deren Erfahrungen – vor allem mit der Wiedervereinigung – davon zu überzeugen, dass die Verschuldungspolitik nur vorübergehend betrieben wird, so darf dies aber auch nicht zum Anlass einer langfristigen Glättung der Konsum- und Investitionsentscheidungen genommen werden. Denn dann ist es wiederum um die berühmte Multiplikatorwirkung geschehen. Wie aber soll das alles zusammen gehen? Umgekehrt aber könnte sehr wohl ein Schuh daraus werden: Wenn sich die Staaten bedenkenlos verschulden, so könnte das die Vertrauensbasis der Kapitalgeber untergraben und auf diesem Wege die Finanzkrise verschärfen. So abwegig ist das nicht. Schließlich wachsen die Zinsspreads der Staatspapiere bereits, und die ersten staatlichen Finanzierungsprobleme stehen vor der Tür – man mag sich gar nicht ausdenken, was passiert, wenn das größere Kreise zieht.

Wie wäre es also, wenn die Politik ihre Ansätze zur Stabilisierung der Finanzmärkte weiter verfolgte, wenn sie damit den Kollaps des Finanzsystems (weiterhin) verhinder-

te sowie durch eine ebenso behutsame wie beherzte Politik die Regeln des Finanzsystems reformierte; wenn sie sich darüber hinaus aber durch eine langfristig tragfähige Fiskalpolitik empfehlen würde, die auf die automatischen Stabilisatoren der Potenzialorientierung vertraut und im Übrigen der Versuchung zu punktuellen Eingriffen und Subventionen widerstehen würde, statt sich – wie im Konjunkturpaket II zum Spielball von Sonderinteressen machen zu lassen? Kann man sich überhaupt vorstellen, dass eine solche Politik schlechtere Voraussetzungen zur Überwindung der derzeitigen Krise schaffen könnte als eine kopflose Verschuldungspolitik, als ob es kein morgen mehr gäbe? Bei aller Kritik an den Details der Konjunkturprogramme in Deutschland könnte sich die im internationalen Vergleich eher zurückhaltende Begeisterung der Bundesregierung für die Renaissance des fiskalischen Keynesianismus durchaus als Segen erweisen.

Prof. Dr. Thomas Apolte, Münster